



Anette Kramme erneut für den Bundestag nominiert

Zum sechsten Mal in Folge ist Anette Kramme SPD-Kandidatin bei der Bundestagswahl 2017. 81 Delegierte oder 89 Prozent stimmten für sie, fünf votierten mit Nein und weitere fünf enthielten sich. Der Bundestagswahlkreis 237 umfasst die kreisfreie Stadt Bayreuth, den Landkreis und zehn Gemeinden im Osten des Landkreises Forchheim.



Anette Kramme nimmt die Gratulation von Sonja Wagner und Halil Tasdelen entgegen.

© Albrecht Diller

In ihrem Rechenschaftsbericht hatte Kramme zuvor Erfolge der SPD-geführten Bundesministerien in der laufenden Wahlperiode aufgezählt: „Es ist nicht alles Gold, zumindest Silber dabei, wegen der teils massiven Widerstände von Unions-Ministern und Bundeskanzleramt.“ Wie der Mindestlohn, der etwa vier Millionen Beschäftigten materiell unmittelbar geholfen hat und eben nicht der von interessierten Kreisen vorhergesagte Jobkiller war. Zwar ist die Zahl der Minijobs seither gesunken. Aber allein der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen um etwa 800.000 seit Ende 2014 zeigt, dass diese wohl eher umgewandelt als ersatzlos abgebaut wurden. Außerdem senkte der Mindestlohn die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen um einen Punkt auf 22 Prozent.

Auch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz hat Verbesserungen erfahren mit der Einführung der Höchstüberlassung von 18 Monaten und der Lohngleichheit mit den Tarifangestellten nach neun Monaten. Ebenso der Ausbau bei der Mütterrente und bei der Erwerbsminderungsrente. Allein bei der Letzteren hat die Änderung der Bemessungsgrundlage vom 60. auf das vollendete 62. Lebensjahr eine Rentenerhöhung von rund 60 Euro bewirkt. Wichtig vor allem deshalb, weil die Bezieher dieser Rente immer jünger werden. Weitere Verbesserungen brachte





die Familienpflegezeit mit Ausstieg aus dem Beruf bis zu zwei Jahren bei absolutem Kündigungsschutz. Ganz aktuell ist die Einigung bei den Eckpunkten für das anstehende Lohnleichheitsgesetz.



*Parlamentarische
Staassekretärin Anette
Kramme, MdB, bei
ihrem
Rechenschaftsbericht*

© Albrecht Diller

Wie allerdings die Mietpreisbremse inzwischen unterlaufen wird, zeigte Kramme auf am Beispiel ihrer persönlichen Wohnungssuche in Berlin. Eine ihr angebotene Wohnung mit 45m² für 1.100 Euro Miete war zwingend gekoppelt an das Mieten eines Tiefgaragenparkplatzes für zusätzliche 170 Euro. Viele Wohnungen werden mittlerweile auch möbliert angeboten und so neben der „Parkplatz-Lücke“ der gesetzlichen Regulierung wieder ganz entzogen. Die Übernahme der Maklergebühr durch den Auftraggeber funktioniert.

Gegen Widerstand aus den Unionsparteien, insbesondere des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, wurde das gesetzliche Verbot von gefährlichem unkonventionellen Fracking erreicht. Die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen im benachbarten Weidener Becken sieht Kramme dadurch verhindert.

Aber nicht allein neu erreichte Gesetze waren ihr wichtig. Als genauso bedeutend stellte Kramme die verbesserte finanzielle Ausstattung älterer Programme vor. So sind die Mittel für Städtebauförderung und Soziale Stadt nahezu verdoppelt worden. Seit der Föderalismusreform von 2006 ist der Soziale Wohnungsbau Ländersache und damit fast zum Erliegen gekommen. Der Bund stellt für die kommenden zwei Jahre dennoch zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Die Kommunen werden entlastet durch die Übernahme der Alterssicherung in der Sozialhilfe ab 2018 in voller Höhe von rund fünf Milliarden. Dieses Jahr stehen staffelweise 1,6 Milliarden





und im kommenden Jahr 2,5 Milliarden zur Verfügung. Die Komplettübernahme der BaföG-Studienförderung durch den Bund für 1,2 Milliarden Euro entlastet die Länder. Für den Ausbau der Kinderbetreuung gibt der Bund den Ländern weitere 750 Millionen Euro.

Als Lücke nach der Zeit des Rechtsanspruchs auf einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz machte Kramme in diesem Zusammenhang die Nachmittagsbetreuung der Schulkinder aus. Hier muss der Bund die Länder beim Ausbau der Ganztagschulen weiter unterstützen. Bei der kürzlich ausgerichtetenen SPD-Sportkonferenz ist außerdem das Augenmerk auf den Zustand der Sportstätten, insbesondere der Schwimmbäder, gelenkt worden.



Bis fast auf den letzten Platz füllten die Delegierten die Halle des TSV Mistelbach. Entsprechend viel hatten die Bedienungen zu tun.

© Albrecht Diller

Großes Thema im Bundestagswahlkampf wird aus Sicht von Kramme die Rentenpolitik sein. Um das weitere Absinken des Niveaus im Verhältnis zu den Arbeitnehmer-Einkommen von derzeit 47 Prozent bis auf 43 Prozent im Jahr 2030 zu verhindern, hält sie das Erhöhen des Beitragssatzes für das Mittel der Wahl. Wegen der paritätischen Finanzierung werden hierzu allerdings Gespräche mit den Arbeitgebern notwendig. Als kritisch sieht sie die Jahre von 2030 bis 2060. Da viele Selbständige über keine angemessene Alterssicherung verfügen, müssten diese in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden im Sinne einer Bürgerversicherung.

Dringenden Handlungsbedarf sieht Kramme auch wegen des Anstiegs der psychisch Kranken infolge zu hoher beruflicher Belastungen. Es muss künftig ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben.





Wie bereits am Anfang ihres Berichts spricht Kramme auch am Ende den Delegierten Mut zu, auch angesichts gegenwärtiger Umfragewerte. Die Kanzlerin ist nicht unanfechtbar, die Unionsparteien sind zerstritten und in Zukunftsfragen rückwärtsgewandt. Die Partei muss sich angesichts des in der Wahlperiode Erreichten nicht klein machen.

Später ging Kramme verständnisvoll auf kritische Wortmeldungen von drei Delegierten ein. So wurde unter anderem angemahnt, das soziale Profil der SPD wiederherzustellen, weg von der Agenda 2010. Auch sollte die Koalition nicht mehr mit einem Partner fortgesetzt werden, der von der AfD verbal nicht zu unterscheiden ist und stattdessen für eine Rot-rot-grüne Mehrheit zu kämpfen. Hierzu bemerkte Kramme, dass Sigmar Gabriel dies nicht ausgeschlossen hat und ganz aktuell auch Thomas Oppermann (angesichts des Aufstiegs der AfD) dazu aufrief, über eine linke Mehrheit nachzudenken (und die Chancen auszuloten).

Nach der mit vielen strikt einzuhaltenden Formalitäten verbundenen geheimen Wahlen von Vorstand der Wahlkreiskonferenz und der Kandidatin (unter anderem Wahlkabine vorhanden, Fotografierverbot während der geheimen Wahlgänge) und der Delegierten zur Landesdelegiertenversammlung in Nürnberg dankte Kramme am Ende der Parteibasis für deren ehrenamtlichen Einsatz und Unterstützung auf allen Ebenen. Angesichts der vollen Tagesordnung war alles einigermaßen kurzweilig gelaufen. Nach knapp zweieinhalb Stunden konnte Versammlungsleiter Roland Dörfler die Veranstaltung für beendet erklären.

*Albrecht Diller
Oktober 2016*

